



Wissenschaft
debattieren



*mitdenken
mitreden
mitgestalten*

Bürgerkonferenz Berlin

Energienutzung der Zukunft – Perspektiven für
Deutschland

Die Bürgererklärung

26. September 2010

www.wissenschaft-debattieren.de

ZIRN

wissenschaft : im dialog

GEFÖRDERT VOM
 Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Einführung

Diskussionen in kleinen Gruppen und großen Plenarrunden bestimmten das Programm der Bürgerkonferenz zum Thema „Die Energienutzung der Zukunft – Perspektiven für Deutschland“ am 25. und 26. September 2010. In Berlin-Adlershof diskutierten 200 Bürgerinnen und Bürger mit Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft ein Wochenende lang über die Energienutzung von morgen. Eine Besonderheit dieser Bürgerkonferenz: der Austausch fand nicht nur an 20 Diskussionstischen in einem Konferenzsaal, sondern auch online statt. Zeitgleich beteiligten sich zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Deutschland von zuhause aus am virtuellen „21. Tisch“ an der Debatte.

Die Bürgerkonferenz „Die Energienutzung der Zukunft – Perspektiven für Deutschland“ ist Teil des Forschungsprojekts „Wissenschaft debattieren!“ der Initiative Wissenschaft im Dialog (WiD) und der Universität Stuttgart. Ziel des Forschungsprojekts ist, herauszufinden, mit welchen Mitteln und mithilfe welcher Formate sich Bürger am besten am Diskurs über Forschungsthemen beteiligen. In ganz unterschiedlichen Veranstaltungen bringen Bürger und Wissenschaftler ihre Ansichten und Argumente, Wissen und Erfahrungen in einen Dialog ein, entwickeln Forschungsideen und gehen neue Wege der Wissenschaftskommunikation.

Das Forschungsprojekt „Wissenschaft debattieren!“ verfolgt drei Ziele: Zum einen soll in Veranstaltungen wie der Bürgerkonferenz der Dialog zwischen Wissenschaftlern und Bürgern angestoßen werden, indem gesellschaftlich relevante Fragen diskutiert werden. In diesem Prozess formulieren die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger ihre Erwartungen, Interessen und Bewertungen und entwickeln fundierte Urteile zum Stand der Forschung.

Ein zweites Ziel ist, durch die neuen Beteiligungsverfahren die Debatte über die zukünftige Energienutzung in Deutschland anzuregen. Die Teilnehmer sollen hierzu ihre eigenen Perspektiven erarbeiten. Die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger werden Entscheidungsträgern und Interessensvertretern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vorgestellt.

Außerdem untersucht das Projekt den Einsatz unterschiedlicher Beteiligungsverfahren, um die Formate der Wissenschaftskommunikation weiterzuentwickeln: Wie kommen Wissenschaftler und Laien am besten in einen Dialog über kontroverse Themen? Ändert sich die Meinung der Teilnehmer im Laufe der Veranstaltung? Wie können Wissenschaftler komplexe Themen verständlich darstellen?

Auf der Bürgerkonferenz berieten Bürgerinnen und Bürger mit Unterstützung eines Moderationsteams gemeinsam, wie die Energienutzung der Zukunft aussehen sollte, und diskutierten, welche Schritte nötig sind, um das gemeinsam erarbeitete Konzept umzusetzen. Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft gaben dabei immer wieder Hinweise zum Stand und zu Perspektiven der Forschung.

Die Teilnehmenden der Bürgerkonferenz waren zufällig per Telefon eingeladene Bürgerinnen und Bürger aus Berlin-Brandenburg und Umland, die einen möglichst ausgewogenen Schnitt der Gesellschaft nach Alter, Geschlecht und Bildung bilden. Die zirka zehn Teilnehmer des sogenannten 21. Tisches, der online mitdiskutierte, wurden gezielt über soziale Netzwerke im Internet angesprochen. Die Expertinnen und Experten zum Thema Energienutzung repräsentieren namhafte wissenschaftliche Institutionen und Universitäten. Sie wurden von den Veranstaltern eingeladen, um als Impulsgeber für Gespräch und Information zur Verfügung zu stehen.

Die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger

Zwei Tage lang haben Bürgerinnen und Bürger in Berlin lebhaft über die zukünftige Energienutzung in Deutschland diskutiert, über die richtigen Wege gestritten und sich über neue Entwicklungen informiert. Ergebnis dieses Prozesses ist eine Bürgererklärung, die aus 39 Empfehlungen für die Energienutzung der Zukunft besteht. Sie sind im Originalwortlaut aufgeführt und dem Grad ihrer Zustimmung nach absteigend sortiert. Der Adressat der Empfehlung ist vorangestellt.

Politik: Politik und Wirtschaft werden aufgefordert, sich auf eine Klassifizierung für Baustoffe zu einigen und angebotene Baustoffe damit zu kennzeichnen, welche den Grad ihrer Energieeffizienz und Umweltverträglichkeit angibt, damit die Vorteile energieeffizienterer Baustoffe für die Verbraucher transparent werden, diese somit vermehrt nachgefragt und eingesetzt werden. Bei der Beurteilung der Energieeffizienz ist die gesamte Energiebilanz des Baustoffes zu berücksichtigen.

Wissenschaft: Die Wissenschaft soll energieeffiziente, dünne Baumaterialien für die Gebäudeinnendämmung von Altbauten entwickeln, die Umweltverträglich, rückbaubar und bezahlbar sind.

Politik: Bundes- und Länderkultusministerien, politische Parteien und die EU-Kommission (Frau Viviane Reding) beschließen die Integration der Energieerziehung in das Erziehungs- und Bildungssystem ihrer Länder mit dem Ziel des gesellschaftlichen Bewusstseinswandels hin zu einem Ressourcen schonenden und eigenverantwortlichen Umgang mit Energie.

Wissenschaft: Die Wissenschaft soll Energiespeicherungssysteme für Gebäude (Dachebene, Fundamentplatte) entwickeln, um überschüssige Energie zu speichern und bei Bedarf zu nutzen.

Wissenschaft: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) initiiert und führt wissenschaftliche Musterprojekte und Wettbewerbe zur intelligenten Energienutzung durch.

Politik: Der Gesetzgeber (EU und/oder Bundesebene) soll ein Gesetz zur Kennzeichnung aller Produkte mit ihrer Energiebilanz erlassen, die die Herstellung, den Transport, den Gebrauch und die Entsorgung umfasst. Der Verbraucher soll in die Lage versetzt werden, sich zu informieren, zu vergleichen und energiebewusst auswählen zu können.

Politik: Das Wissenschaftsministerium fördert die Entwicklung eines Bewertungssystem für den Energieeinsatz über den Lebenszyklus von Produkten und Dienstleistungen.

Politik: Thema 8: Das Verbraucherministerium wird aufgefordert Standards und Energienormen zu entwickeln, um für eine einfache Vergleichbarkeit der Energieinformationen zu sorgen.

Gesellschaft: Die Aufklärung über Nutzen, Erfolge und Risiken von Energiespeichern soll gefördert werden.

Wirtschaft: (1) Wir fordern die Wirtschaft auf durch Selbstverpflichtung energiebewusstes Verhalten zu fördern, in dem sie eine Vorreiterrolle übernehmen und den eigenen Energieverbrauch reduzieren, durch Maßnahmen wie die Reduzierung des Verbrauchs der Fahrzeugflotte, durch Energieeinsparung in Produktionsprozessen und der IT-Nutzung und insbesondere durch Mitarbeiterschulungen energiebewusstes Verhalten zu forcieren.

Politik: Der Bundesregierung wird folgendes empfohlen: Etablierung eines Großforschungsprojektes zur Weiterentwicklung bekannter und neuer (a) zentraler Speichermethoden wie Pumpspeicherwerke und Wasserstofftechnik zum mobilen Antrieb und (b) dezentraler Speichermethoden wie Salzspeicher und Akkumulatoren, mit dem Ziel die unregelmäßig anfallende regenerative Energie zu mindestens 80 % zu speichern.

Politik: Die Medien (Print, Radio, TV, Online)sollen über eine Selbstverpflichtung eine gesellschaftsübergreifende nachhaltige Informations- und Marketingkampagne "Energiesparen ist cool" initiieren und aktiv begleiten, z.B. durch Fernsehserien, Energiesparspiele und mit Prominenten Zugpferden um damit alle gesellschaftlichen Zielgruppen (Kinder, Jugendliche und Erwachsene) für Energiebewusstsein zu begeistern und zum Energiesparen anregen.

Wissenschaft: Empfehlung an die wissenschaftlichen Fachgesellschaften (wie z.B. Helmholtz-Gemeinschaft, Max Plank Gesellschaft, Fraunhofer Gesellschaft und Universitäten): Forschung zur Verbesserung der Sicherheit bei Speicherung und Transport von Wasserstoff zur Nutzung als Energiespeicher mit dem Ziel der sicheren Massen Anwendung.

Politik: Thema 8: Der Gesetzgeber soll eine Vorschrift erlassen, in dem die Wirtschaft verpflichtet wird eine energetische Lifecycle-Analyse für ihre Produkte durchzuführen und diese den Produkten beizulegen, damit dem Verbraucher die Energiebilanz transparent und verständlich wird.

Politik: Jede Stadt sollte eine ambulante, kostenlose, kompetente Energieberatung anbieten, welche in den Haushalten ihrer Bürger einen "Check vor Ort" vornimmt, um so Energiesparpotentiale aufzudecken und praxisnahe Tipps und Hilfen weiterzugeben.

Wirtschaft: Computer- und Softwareindustrie entwickeln Lehr- und Lernsoftware sowie technische Spiele zur Förderung des bewussten und verantwortlichen Umgangs mit Energie

Wirtschaft: Die Hersteller von Transportsystemen werden aufgefordert, Pläne für ein modernes, energieeffizientes Gütertransportsystem (moderne Güterrohrpost) zu entwickeln. Ziel ist die Verringerung des Energieaufwandes für den Gütertransport.

Politik: Die kommunale Politik sollte dafür sorgen, dass eine bessere Verknüpfung von ÖPNV, Fahrrad und "öffentlichen Autos/Car-sharing" vorangetrieben wird; Im Gegenzug muss die

Nutzung des privaten PKWs in der Stadt durch verstärkte Parkplatzbewirtschaftungen und Stadtmaut an die gesellschaftlichen und umwelttechnischen Kosten angleichen werden, um den individuellen, umweltfreundlichen ÖPNV zukunftsfähig, preisgünstig und bedarfsgerecht auszurichten.

Gesellschaft: Medien: Die öffentlichen Anstalten sollten über ihre verschiedenen Kanäle (Radio, TV, Internet) eine Kampagne und dazugehörige Plattform schaffen, indem glaubhafte Vorbilder (z.B. Spieler aus der dt. Fußballnationalmannschaft) ihren besten Energiespartipp "verraten", um so ein positives Energiesparimage zu schaffen und zum mitmachen anzuregen.

Gesellschaft: Die Verbraucherzentralen mögen bis 2015 einen verständlichen Kennzeichnungsstandard über den Energieeinsatz bei der Herstellung, den Gebrauch und die Entsorgung von Produkten und Dienstleistungen durchsetzen.

Wirtschaft: Bundesweit sollen alle öffentlichen und privaten Transportunternehmen (z.B. Deutsche Bahn, Europcar,...) einen Transportverbund gründen (Kooperation) der mit einer Mobilitätskarte (transparente Tarifsysteme) zum Ziel einer bedarfsgerechten und einfachen Nutzung dem Endverbraucher zur Verfügung stehen.

Politik: Die EU soll ab sofort (auch global) für ein Grundrecht auf bezahlbare Energie eintreten.

Wirtschaft: Um eine optimale Kapazitätsauslastung zu erreichen, empfehlen wir den Verbänden der Transport- und Logistikunternehmen die Entwicklung, Bereitstellung und Kommunikation von O.L.A.F. (Optimierung, Logistik, Aufträge und Fahrten), einem webbasierten Programm, welches Datenbank gestützt Aufträge vermittelt.

Politik: Die Bundespolitik sollte Rahmenbedingungen und Akzeptanz für offene Datenstandards und deren Verknüpfungen - mit dem Ziel umfassender und aktueller Fahrgastinformationen - auf den Weg bringen, und pragmatische, umwelt- und benutzerfreundliche Lösungsmöglichkeiten für Intermodalitätsangebote und deren Abrechnung schaffen.

Wirtschaft: Energieerzeuger - Die Speicherung der Überschussenergie aus erneuerbaren Energien soll vorrangig durch Wasserstoff- und Methanspeicherung mit dem Ziel der Abfederung und Angleichung von Erzeugungs- und Verbrauchsspitzen und dem Ausbau einer langfristigen Grundlastsicherung durch regenerative Energien vorangetrieben werden.

Politik: (1) Wir fordern die Bundespolitik auf eine progressive Energiesteuer für Stromabnahme zu etablieren, um energiebewusstes und sparsames Abnehmerverhalten zu fördern.

Wirtschaft: Ab sofort müssen alle Energieversorger kompatible Versorgungssysteme anbieten und forcieren und untereinander koordinieren und kooperieren.

Politik: Alle Parlamente auf Bundes- und Länderebene sollen unverzüglich ein Reurbanisierungsanreizsystem durch die Umverteilung von bestehenden Fördertöpfen für die Eigenheimförderung bereitstellen.

Politik: Lokalparlamente sollen dezentrale Abfallverwertung in Wohnortnähe etablieren, um Transportwege zu verkürzen und damit Wärme, Energie und Biogas zurückzugewinnen.

Politik: Die Bundesregierung soll ein Grundrecht auf Energie beschließen wie folgt: Es gibt ein Energie-Kontingent pro Person, Mehrverbrauch wird höher besteuert, damit es finanzielle Anreize für die Reduzierung der Energienutzung gibt.

Politik: Die Kommunen werden aufgefordert stadtteilbezogene, energieeffiziente, alternative Wohnformen zu fördern, um insbesondere sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen ein Zusammenleben in generationsübergreifende Wohngruppen zu ermöglichen. Zu fördern sind nur Projekte, die der jeweils höchstmöglichen Energiestandart erfüllen, um gerade finanziell schwachen Mitbürgern das energieeffiziente Wohnen zu ermöglichen. Durch große Projekteinheiten sollen die Vorteile von Rabatten genutzt, sowie bei der Ausführung regionale Firmen bevorzugt werden. Die Umsetzung sollte unverzüglich beginnen.

Wissenschaft: Interdisziplinäre begleitende Forschung zur Realisierung und Technik-Folgeabschätzung eines allumfassenden optimierten Transportverbundes mit Mobilitätskarte. Ziel ist die Gewährleistung von Sicherheit und Wirtschaftlichkeit.

Gesellschaft: Die Bürger (z.B. Mieter, Vermieter, Nachbarn) sollen Vereine zu gemeinschaftlichen Nutzung von Haushaltsgeräten gründen (Geräte-Sharing analog zu Car-Sharing), mit dem Ziel den Energieverbrauch bei der Geräteherstellung, -Nutzung und -Entsorgung zu reduzieren.

Gesellschaft: Die Zivilgesellschaft und Verbände sollen dezentrale Bürgerkonsultationen institutionalisieren, die mit Hilfe von transparenten Ausschreibungsprozessen, genossenschaftlichen Nutzungskonzepten, lokalen Beiräten, neuen und innovativen Medien energiewirtschaftlich optimierte, bedarfsspezifische und lebenswerte urbane Lebensräume schaffen.

Politik: Forschungsinstitute sollen flexible und erweiterbare Infrastruktursysteme entwickeln, die mit Hilfe von nachrüstbaren Bausteinsystemen für Verkehr, Ver- und Entsorgung, Wohnen und Kommunikation wirtschaftliche und technische Hemmschwellen zur innovativen Energienutzung reduzieren.

Politik: Das Bundesministerium für Finanzen soll die Pendlerpauschale auf die Arbeitgeber umlegen, um die Arbeitsanfahrtswege zu reduzieren und die Telearbeit zu fördern.

Wissenschaft: Die Nanotechnologie soll Module entwickeln, die die Körperwärme in der Kleidung aufnehmen und in elektrische Energie umwandeln und diese speichern.

Politik: Um Energieeffizienz zu steigern bei gleichzeitigem Erhalt unseres baulichen kulturellen Erbes, empfehlen wir der Politik, ein Ausgleichssystem zu schaffen, das Hausbesitzer mit aus gestalterischen Gründen schlecht dämmbaren Außenfassaden verpflichtet, sich finanziell an anderen Energiesparmöglichkeiten zu generieren oder zu beteiligen.

Politik: Die Kultusministerkonferenz soll dafür sorgen, dass das Schulfach "Bewusster Umgang mit Energie" eingeführt wird oder das Thema in den bestehenden Lehrplänen integrieren.

Experten der Bürgerkonferenz

Dr. Matthias J. Henning
Technische Universität Chemnitz

Dr. Ralph Hintemann
Borderstep Institut für Innovation und Nachhaltigkeit gemeinnützige GmbH

Dipl.-Wirt. Ing. Holger Höfling
Sachverständigenrat für Umweltfragen

Prof. Dr. Bernd Kochendörfer
Technische Universität Berlin

Prof. Dr.-Ing. Matthias Koziol
Brandenburgische Technische Universität Cottbus

Dipl. Ing. Tobias Porsinger
Brandenburgische Technische Universität Cottbus

Dr. Gerhard Prätorius
Volkswagen AG

Prof. Dr. Volker Quaschnig
Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin

Dr. Oliver Schwedes
Technische Universität Berlin

Dipl. Ing. Tobias Vogel
Technische Universität München

Prof Dr. Dieter Wolf
Fachhochschule Braunschweig/ Wolfenbüttel

Die im Jahr 1999 gegründete Initiative Wissenschaft im Dialog (WiD) engagiert sich für die Diskussion über Forschung in Deutschland. Sie bringt Wissenschaft und Gesellschaft miteinander ins Gespräch – auf Konferenzen und in Ausstellungen, auf Symposien und Wissenschaftsfestivals. Im Projekt „Wissenschaft debattieren!“ untersucht WiD gemeinsam mit Sozialwissenschaftlern der Projektgruppe ZIRN der Universität Stuttgart, mit welchen Mitteln und mithilfe welcher Veranstaltungsformate sich Bürger am besten am Diskurs über Forschungsthemen beteiligen. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt lädt mit dem Slogan „Mitdenken, mitreden, mitgestalten“ interessierte Jugendliche und Erwachsene zu einem intensiven Austausch über wissenschaftliche Themen ein.